



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 YEARS OF WORLDWIDE COOPERATION

Keynote
Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Symposium
**“Sustaining the Israeli-Palestinian Negotiation Effort:
Why the talks must not fail. The European Perspective”**
Mittwoch, 2. Oktober 2013, 18.00 Uhr
Jerusalem, Inbal Hotel, Zion Hall

*Shalom,
ich freue mich in Israel zu sein.
Als wahrer Freund Israels bin ich gerne hier.
Danke, dass Sie zu unserer Konferenz gekommen sind.*

שלום,
אני שמח להיות בישראל.
אני אוהב להיות כאן, כידיד אמת של ישראל.
תודה שהגעתם לכנס שלנו.

Wir leben in einer Zeit großer Ungewissheit, wenn Sie die Region insgesamt betrachten. Es ist zugleich aber auch eine Zeit großer Hoffnung, wenn Sie an die israelisch-palästinensischen Verhandlungen denken. Ich finde, es ein gutes Zeichen, dass aus diesen Friedensgesprächen nicht jeden Tag vertrauliche Details an die Öffentlichkeit dringen. Das zeugt von der hohen professionellen Qualität der Verhandler, aber auch von der Ernsthaftigkeit ihres Verhandlungswillens. Meine besten Wünsche begleiten Tzipi Livni und Saeb Erekat.

Der historische Zufall hat es so gefügt, dass diese Verhandlungen um zwei Daten herum stattfinden, derer am 13. September – am Vorabend des Jom Kippur vor bald drei Wochen – gedacht wurde: des Jom-Kippur-Krieges vor vierzig Jahren, 1973, und der Unterzeichnung der Oslo-Vereinbarungen vor zwanzig Jahren, 1993.

Der Jom-Kippur-Krieg löste eine politische Dynamik aus, die schließlich nach Camp David und von dort zum israelisch-ägyptischen Friedensvertrag führte. Zu Recht bewundern wir heute den Mut der beiden Staatsmänner – Menachem Begin und Anwar as-Sadat –, die diesen Schritt gegen alle innenpolitischen Widerstände zu wagen bereit waren. Die Oslo-Vereinbarungen von 1993 waren Folge der Einsicht auf beiden Seiten, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht durch Gewalt – und schon gar nicht durch den Sieg der einen oder anderen Seite – zu lösen sei. Vorausgegangen war die Erste Intifada. Auch diese Vereinbarungen setzten großen Mut voraus. Jitzhak Rabin musste ihn mit dem Leben bezahlen. Oslo blieb ein nicht eingelöstes Versprechen.

Mit meinem Besuch in Israel und den Palästinensischen Gebieten möchte ich als Deutscher und Europäer demonstrieren, wie sehr wir den Erfolg der neuen Friedensgespräche wünschen. Außerdem möchte ich deutlich machen, dass wir den Friedensprozess nach Kräften unterstützen. Diese Unterstützung umfasst die Zusage, dass wir tatkräftig mithelfen werden, die praktische Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung zu fördern – nicht nur ökonomisch, sondern auch durch Koope-

ration in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, durch Zusammenarbeit in Forschung und Wissenschaft sowie durch kulturellen und zivilgesellschaftlichen Austausch.

Schließlich möchte ich von meiner Sorge sprechen, dass ein Scheitern der Gespräche eine Welle der Gewalt nach sich ziehen könnte. Es würde den Glauben der Europäer an die Lösbarkeit des Konflikts nachhaltig erschüttern. Das wäre fatal! Niemand ist bereit, noch in ein Projekt zu investieren, das er nicht mehr für erreichbar hält. Das Projekt, um das es geht, lautet in der kürzestmöglichen Formulierung: Zwei Staaten für zwei Völker. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, hat es so ausgedrückt¹: „Israel als jüdischer Staat und als die Heimat des jüdischen Volkes, und der Staat Palästina als die Heimat des palästinensischen Volkes – beide Staaten in gemeinsamer nationaler Selbstbestimmung, wechselseitiger Anerkennung und Frieden.“

Ich spreche hier in erster Linie als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, aber auch als Abgeordneter des Europäischen Parlaments und als dessen ehemaliger Präsident, der sich stets in besonderer Weise für die Nahost-Region interessiert und engagiert hat. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 1982 – d. h. seit mehr als 30 Jahren – in Israel aktiv. Ich danke unserem Vertreter hier in Jerusalem, Michael Mertes, und seinem Team herzlich für das große Engagement für die Vertiefung der israelisch-deutschen und der israelisch-europäischen Beziehungen.

Neben unserem Büro in Jerusalem haben wir auch Büros in Ramallah und Amman. Diese drei Vertretungen sind wiederum Teil eines größeren regionalen Netzwerks der Stiftung, das von Marokko bis zur Türkei reicht. Hier in Israel arbeiten wir in vielfältiger Weise für die Vertiefung der deutsch-israelischen und der europäisch-israelischen Beziehungen. Wir bieten auch eine Plattform für den israelisch-palästinensischen und israelisch-jordanischen Dialog und wollen diese nun um eine israelisch-türkische Dimension erweitern. Solche *Track Two Diplomacy* ist nicht spektakulär, aber gerade deshalb bescheinigen uns alle Beteiligten, dass sie sehr effektiv zur Lösung konkreter Probleme beitragen kann – und in vielen Fällen auch schon beigetragen hat.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass Israel und die Palästinensischen Gebiete zu den Gegenden mit der höchsten Dichte an ausländischen Nichtregierungsorganisationen in der Welt gehören. In Israel fragen manche kritisch, ob das nicht ein bisschen zu viel des Guten ist – eine Form der Einmischung von außen, die eher Teil des Problems als Teil der Lösung ist. Dazu möchte ich nur zwei Dinge anmerken: Erstens zeichnet es eine offene, demokratische Gesellschaft wie die israelische aus, dass sie eine Vielfalt kontroverser Meinungen nicht nur akzeptiert, sondern als Ausdruck der eigenen inneren Stärke bejaht. Die Israelis sind selbstbewusst genug, um sich am Ende des Tages eine eigene Meinung zu bilden. Zweitens ist es kein Geheimnis, was die grundlegenden Prinzipien sind, von denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel leiten lässt: Wir treten ohne Wenn und Aber für die Sicherheit Israels ein. In dieser Hinsicht können und wollen wir – um eine aktuelle Äußerung² von Bundeskanzlerin Merkel aufzugreifen – „nie neutral“ sein. Gerade weil wir Israel als jüdischen Staat bejahen, treten wir

¹ „Israel as a Jewish state and the homeland for the Jewish people and the State of Palestine as the homeland for the Palestinian people, each state in joined self-determination, mutual recognition, and peace.“ (Remarks by the President at the AIPAC Policy Conference 2011, 22. Mai 2011)

² 13. September 2013: <http://jewish-voice-from-germany.de/cms/angela-merkel-the-interview/>

seit 20 Jahren für die Zwei-Staaten-Lösung ein. Die Alternative, die wir nicht wollen, wäre ein binationaler Staat. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu selbst betont in letzter Zeit, dass die Zwei-Staaten-Lösung aus demographischen Gründen im vitalen Eigeninteresse Israels liegt. Wir treten dafür ein, dass Israel als Teil der westlichen Welt seine enge Partnerschaft mit der Europäischen Union weiter vertieft – und zugleich als Teil der Region die Beziehungen zu seinen Nachbarn normalisiert. Diese Normalisierung setzt ein Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts voraus – auch dies ein wichtiges Argument für die Zwei-Staaten-Lösung. Mit diesen drei Prinzipien – Sicherheit, Zwei-Staaten-Lösung, Israel als privilegierter Partner der Europäischen Union in der Region – stehen wir über Parteigrenzen hinweg auf der Seite der Mehrheit in diesem Land.

Die vergangenen drei Jahre haben uns gelehrt, dass es so etwas wie einen betonierten Status quo nicht gibt – schon gar nicht im Nahen Osten und Nordafrika. Es wäre daher eine Illusion zu glauben, dass die Ruhe – die relative Ruhe –, die im israelisch-palästinensischen Konflikt zu herrschen scheint, dauerhafte Stabilität verheißt. Betrachten wir zunächst einmal die historischen Umbrüche in Israels Nachbarschaft. Israelis waren von vornherein skeptischer als die Europäer in der Bewertung des „Arabischen Frühlings“ – des „Arabischen Erwachens“, wie man hierzulande lieber sagt. Diese Skepsis hat sich in vielerlei Hinsicht als realistisch erwiesen. Aber wir wissen auch: In der arabischen Welt gibt es viele Menschen, gerade auch junge Menschen, die von der Verwirklichung der Würde des Menschen, Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, der Geltung des Rechts und Frieden träumen. Ich bin ihnen im März 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo begegnet. Gleichwohl ist sicher: Wir stehen erst am Beginn einer dramatischen Entwicklung, die sich noch über viele Jahre hinziehen wird und deren Ausgang nicht nur für Israel, sondern auch für uns Europäer und die Amerikaner von zentraler Bedeutung ist.

Es gibt verschiedene Formeln, um die Krise in Israels Nachbarschaft auf einen griffigen Punkt zu bringen. Gelegentlich wird vom „Islamistischen Winter“ gesprochen. Damit soll ausgedrückt werden, dass der „Arabische Frühling“ dem Aufstieg von Moslebrüdern, Salafisten und Dschihadisten Tür und Tor geöffnet hat – also Gruppen, die sich mit der Existenz eines jüdischen Staates in der Region nicht abfinden wollen. Das ist jedoch nur ein Teil – wenn auch ein wichtiger Teil – der Wahrheit. Was wir gegenwärtig erleben, geht tiefer: Es ist eine Krise der Regierungsfähigkeit, mehr noch: eine Krise der Staatlichkeit. Dieser Krise ist eine jahrelange Fehlentwicklung vorausgegangen, die in den *Arab Human Development Reports* der Vereinten Nationen immer wieder eindrücklich beschrieben wurde.

Aber auch wer den „Arabischen Frühling“ mit Skepsis betrachtet, wird positiv bewerten müssen, dass er die gewaltigen Governance-Defizite in großen Teilen der arabischen Welt schonungslos offengelegt hat: Ohne richtige Diagnose keine wirksame Therapie! Kein arabischer Herrscher kann sich heute noch damit herausreden, sein Land sei Opfer einer Verschwörung des Westens mit den Zionisten.

Was bedeutet „Krise der Staatlichkeit“? Es bedeutet, dass die meisten Staaten in Israels Nachbarschaft nicht zu stark sind, sondern zu schwach. Sie sind zu schwach, weil sie nicht in der Lage sind, das staatliche Gewaltmonopol flächendeckend durchzusetzen. In diesem Vakuum machen sich nichtstaatliche Akteure breit, die Israels Sicherheit bedrohen: In großen Teilen des Sinai herrschen Anar-

chie und Gesetzlosigkeit. Im Gazastreifen hat eine Terrororganisation, die Hamas, das Sagen. Ganze Gebiete des Libanon werden faktisch von der mit dem Iran verbündeten Hisbollah beherrscht. Die Gewalt, die von Hamas und Hisbollah ausgeht, ist nicht zu rechtfertigen und muss scharf verurteilt werden. Und in Syrien zerfällt die staatliche Ordnung. Innerhalb von nur einem Jahr hat der syrische Bürgerkrieg über 100.000 Tote gefordert – das sind mehr Menschen, als seit 1948 im israelisch-palästinensischen Konflikt ums Leben gekommen sind.

Die Krise der Staatlichkeit reicht aber über diesen inneren Ring hinaus. In einem zweiten Ring, der den inneren umschließt, finden sich Staaten wie Irak, Sudan, Libyen, der Tschad, Niger und Mali – die Liste ließe sich verlängern. Es liegt auf der Hand, dass es die Möglichkeiten Israels, einzelner europäischer Länder oder der Vereinigten Staaten überfordern würde, diese Krise allein bewältigen zu wollen. Das geht nur in einer gemeinsamen Anstrengung, und es geht nur mit langem Atem. Was hat das alles nun mit der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu tun? Gibt es nicht andere, höhere Prioritäten – zum Beispiel die Beendigung des iranischen Nuklearwaffenprogramms oder die Vernichtung der syrischen Chemiewaffenarsenale? Oft höre ich von israelischen Freunden auch den Einwand: Können wir uns einen weiteren *failing state* in der Nachbarschaft leisten, aus dem über kurz oder lang Raketen auf uns abgefeuert werden wie seit Jahren aus dem Gazastreifen?

Diese Fragen nehme ich sehr ernst. Sie lassen sich nicht mit einer Handbewegung abtun. Eindeutige Sicherheitsgarantien für Israel gehören zu den Fragen, die auf der Agenda der Friedensgespräche stehen. Ich habe keinen Zweifel, dass die israelische Seite sehr genau darauf achten wird, dass ein Palästinenserstaat nicht zum Sicherheitsproblem für Israel wird. Es gibt darüber hinaus gute Gründe zu erwarten, dass ein Palästinenserstaat für Israels Sicherheit von großem Vorteil wäre. Ein solcher Staat würde durch seine schiere Existenz die Legitimität von nichtstaatlichen Akteuren und Terrororganisationen unterminieren, deren Ziel die Vernichtung Israels ist. Das gilt umso mehr, je erfolgreicher er seinen Bürgern Sicherheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Religions- und Meinungsfreiheit, funktionierende Institutionen und die Chance auf selbst erarbeiteten Wohlstand bietet. Es liegt auf der Hand, dass Europäer und Amerikaner beim Aufbau solcher Strukturen helfen würden. Das hat die Europäische Union ja bereits in den vergangenen Jahren getan – etwa bei der Schulung palästinensischer Polizisten. Auch wenn wenig darüber in der Öffentlichkeit gesprochen wird: Dieses Engagement verbessert schon heute Israels Sicherheit!

Klar ist auch, dass Garantien von dritter Seite notwendig sein werden, damit die zwischen Israelis und Palästinensern getroffenen Sicherheitsarrangements funktionieren können. Hier sehe ich wichtige Aufgaben sowohl für die Nato als auch für die Europäische Union. Hinzukommen kann und sollte meines Erachtens ein regionaler Sicherheitsmechanismus, dem neben Israel und dem künftigen Palästinenserstaat auch eine Reihe von Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga sowie die Türkei angehören. Dies mag utopisch klingen – ist es aber nicht, wenn man sich vor Augen führt, dass die Arabische Liga in ihrer Mehrheit die Wiederaufnahme der Friedensgespräche unterstützt und dabei auch signalisiert hat, dass sie sich Modifikationen ihrer Friedensinitiative von 2002 vorstellen kann. Zur Arabischen Friedensinitiative gehört das Versprechen einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel im Rahmen eines umfassenden Friedens. Allein die Verwirklichung dieses Versprechens würde die Sicherheitslage Israels beträchtlich erhöhen.

Damit bin ich bei meiner abschließenden Überlegung: 20 Jahre nach Oslo hat sich ein Fenster der Gelegenheit geöffnet. Fenster der Gelegenheit haben es nun einmal an sich, dass sie sich auch wieder schließen können. Viele Elemente sind zusammengekommen, damit diese erfreuliche Entwicklung möglich wurde. An erster Stelle erwähne ich die außerordentliche Leidenschaft und Dynamik, mit der die Obama-Administration – allen voran Außenminister John Kerry – sich für die Wiederaufnahme der Friedensgespräche engagiert hat. Die US-amerikanische Initiative setzte dabei auf die Unterstützung der Arabischen Liga. Das war eine diplomatische Meisterleistung. Alle wissen es, nur wenige sprechen es offen aus: Mehr denn je stimmen die regionalen Sicherheitsinteressen Israels mit den regionalen Sicherheitsinteressen seiner sunnitischen Nachbarn – einschließlich der Palästinenser! – überein. Ich kann diesen Punkt hier nicht vertiefen, sondern nenne als Stichwort nur die Gefahren, die vom Iran und seinen Verbündeten im Irak, in Syrien und im Libanon ausgehen. Meine Position zum Iran ist klar: Wir sollten die Erklärungen des neuen Präsidenten des Iran, Hassan Rohani, ernst und beim Wort nehmen. Aber das Ziel muss klar sein: Der Iran darf nicht über Nuklearwaffen verfügen.

Die Einbettung der Friedensgespräche in den regionalen Kontext ist auch deshalb so zukunftsweisend, weil eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts sich positiv auf die ganze Region auswirken kann. Ich bin nicht der Auffassung, dass dieser Konflikt die einzige oder die wichtigste Ursache für den Unfrieden in der Region ist. Aber umgekehrt lässt sich sehr wohl sagen, dass seine Beendigung viele Energien für die Lösung anderer Konflikte freisetzen würde. Geöffnet wurde das Fenster der Gelegenheit nicht zuletzt durch die Schwächung der Hamas nach dem erneuten Regimewechsel in Ägypten. Damit reduziert sich auf absehbare Zeit ein gefährlicher Störfaktor.

Ich hatte schon mehrfach Gelegenheit, mit Präsident Mahmud Abbas zu sprechen, und kann nur sagen, dass dieser Mann nach meinem festen Eindruck zum Frieden bereit und fähig ist. Das umfasst den Willen, gegen Widerstände auf der eigenen Seite Kompromisse mit Israel zu akzeptieren. Deshalb meine ich, dass eine Stärkung von Präsident Mahmud Abbas im Interesse Israels liegt. Dass er Israel als Gesprächspartner zur Verfügung steht, gehört zu den Chancen, die nicht ewig währen und daher beherzt ergriffen werden müssen!

Eine sehr ernsthafte Bemerkung möchte ich als Freund Israels machen: Die Fortsetzung der Siedlungspolitik in den Palästinensischen Gebieten widerspricht dem internationalen Recht, schwächt die Chancen für einen Frieden und wird Israel in der internationalen Gemeinschaft weiter isolieren. Freundschaft zeigt sich nicht in blinder Gefolgschaft, sondern im Aussprechen dessen, was die Wahrheit ist, oder was wir für die Wahrheit halten.

Ich möchte wiederholen, was ich eingangs gesagt habe: Wir Deutschen, wir Europäer nehmen intensiv Anteil an der aktuellen Entwicklung im israelisch-palästinensischen Verhältnis. Mit Ihnen, unseren israelischen Freunden, hoffen wir, dass es bereits im kommenden Jahr zu einer Einigung kommen wird. Ob das dann schon ein *final status agreement* oder erst ein *interim agreement* sein wird, steht in den Sternen. Hauptsache, wir sehen Licht am Ende des Tunnels! Und diejenigen, die nicht daran glauben, dass dieses möglich ist, möchte ich an ein Wort von David Ben-Gurion erinnern, der gesagt haben soll: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

Abschließend möchte ich hier wiederholen, was ich am 30. Mai 2007 als Präsident des Europäischen Parlaments vor der Knesset gesagt habe: „Ich bekenne mich mit allem Nachdruck zu einem dauerhaften Existenzrecht Israels, zu dem Recht Israels, friedlich in gesicherten Grenzen und in einer Nachbarschaft zu leben, die Israel anerkennt. [...] Als Person und als deutscher Europäer stehe ich hier als Freund, dessen Sympathie und Solidarität allen Menschen in Israel gilt.“

Shalom!
